

Auf gut Schwäbisch

Täglich neu: Landestypisches für
Einheimische und Reischmeckte

Da hend ihr's,
ihr Lumpa!

VON JAN SELLNER

„Am ledschda Freidig isch's en dr Schwä-
bisch-Spalte drom ganga, wer dahoem
d'Hosa ahäb“, schreibt Roland Combosch aus
Winnenden: „Wenn zo mir oiner said, der
dahieba hää dahoem d'Hosa a, no sag i: ‚Der
liagd sonschd au!‘“

Klaus Rich aus Stuttgart äußert sich
ebenfalls zum Thema: Wer hat das Sagen?
„Bei uns ist das klipp und klar geregelt: Mei
Frau hat drhoim des Saga, ond i drfür aus-
wärts nix!“

Bei der Gelegenheit erinnert Klaus Rich,
gelernter Landschaftsgärtner, an Scherze,
die früher mit Lehrlingen getrieben wurden:
„Auch wir Landschaftsgärtner haben die
Neuen ständig auf die Schippe genommen.
Über den ‚Böschungshobel‘ haben wir an
dieser Stelle ja schon gelesen. Dazu gab es
bei uns immer die Aufforderung an den
„Stift“: ‚Hol amol die Bogaschnur aus em La-
ger, der Weg, den mir planet, macht a Kurv!‘
Oder auch: ‚Fahr amol en d'Werkstatt ond
hol da Motorspadda aus em Lager. Der liegt
ganz henda em Keller em obara Regal...‘

Das waren immer nette Episoden, und
auch der Gefoppte hat danach meist herzlich
mitgelacht. Heute müsste sich der „Stift“ ver-
mutlich seinem Chef erklären, wegen der un-
produktiv verbrachten Zeit.“

Bei Eppingen im Kraichgau verläuft seit
alters her die Grenze zwischen Württemberg
und Baden – das blieben Grenzstreitigkeiten
und Rivalitäten nicht aus, wie diese Anekdote
zeigt: Eine mächtige Eiche, die in unmit-
telbarer Grenznähe stand, weckte beider-
seits Begehrlichkeiten. Eines Tages war der
Baum – mutmaßlich von den Württember-
gern – gefällt; der Eichenstamm lag auf
würtembergischen Gebiet. Am „Tatort“ fan-
den die badischen Eppinger einen Zettel vor:
„Da hend ihr's, ihr Eppinger Lumpa! Mir hend
dr Stamm ond ihr henn dr Stumpa!“

Edith Weiner meldet sich mit einem
Nachtrag zur der beliebten Frage nach der
Geburt eines Kindes: „Wem sieht's ähnlich?“
– „Meine Mutter, Jahrgang 1911, erzählte oft
von einer Hebamme, die auf diese Frage fol-
gende Antwort hatte: ‚Vorne am Vadder!‘
oder: ‚Vorne dr Mutter!‘ – ond hinta der gan-
za Verwandtschaft!‘ Jetzt wusste jeder
gleich, ob's ein Bub oder ein Mädle war.“

Von Bäckermeister Ulrich Strobel aus Alf-
dorf stammt diese kleine Anekdote: „A
Mama hat ihrn kleina Bua en da Beggalada
gschickt mit ama Zettelle, uf dem gschtanda
isch: ‚En Vierleng Weibeer auf Bomb!‘ Ge-
meint waren 125 Gramm Weinbeeren zum
Anschieben.“

Der schwäbische Spruch des Tages kommt
von Peter Harrer aus Stuttgart-Hofen: „Karle
antwortet auf die Frage nach dem Befinden
seins betagten Opas: ‚Schlecht hörä duad'r
guad, abr guad seha duad'r schlecht.“

Angriff in Tamm ist
wohl Teil einer
Schuss-Serie

TAMM. Am Montagabend ist ein 23-Jähriger
in Tamm (Kreis Ludwigsburg) von einem un-
bekannten Täter angeschossen und dabei
schwer verletzt worden. Nach Recherchen
unserer Zeitung handelt es sich nicht um
einen Einzelfall, sondern um eine weitere
Tat in einer Serie von Delikten, zu der auch
ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug und ein
Angriff in Ludwigsburg Ende April gehören.

Die Polizei bestätigt diesen Zusammen-
hang derzeit nicht. Laut zwei unabhängigen
Quellen stehen hinter den Angriffen wohl
zwei Sicherheitsunternehmen – eines davon
soll den Konkurrenzkampf um Aufträge mit
Waffengewalt austragen.

Eine eingerichtete Sonderkommission
ermittelt wegen eines versuchten Tötungs-
delikts. Der Täter befindet sich weiterhin auf
der Flucht. ask

Korrektur

Falsches Bild

vom 12. Mai 2025

In unserer Montagaugabe haben wir den
Bericht zum Staudenknöterich falsch bebil-
dert. Zu sehen war ein giftiger Riesenbären-
klau, der bei Berührung zu verbrennungs-
ähnlichen Hautreizungen führen kann und
nicht zum Verzehr geeignet ist.

Für den Ernstfall gewappnet?

Die hohe Inflation treibt die
Menschen in Baden-Württemberg
aktuell noch mehr um als die
Kriegsgefahr. Dabei warnen
Militärs vor ersten Vorboten.

VON ANNIKA GRAH

STUTT GART. Es sind deutliche Worte, die der
Kommandeur des Landeskommandos der
Bundeswehr in Baden-Württemberg, Mi-
chael Giss, in den vergangenen Monaten im-
mer wieder in den Mund genommen hat. „Es
muss jedem hier klar sein, dass wir in einem
Zielland eines Gegners leben“, sagte er erst
vergangene Woche bei einer Veranstaltung
im Landtag. Und: Er sei sicher, dass manche
Rakete in Kaliningrad Stuttgart in ihrem
Zielcomputer habe. „Das ist hier ein lohnen-
des militärisches Ziel“, sagt Giss mit Blick auf
die hiesige Autoindustrie.



Solche Szenarien schei-
nen in der breiten Bevölke-
rung erst langsam anzukom-
men. So ist im aktuellen Ba-
Wü-Check, der Umfrage des
Allensbacher Instituts für
Demoskopie im Auftrag ba-
den-württembergischer Tageszeitungsver-
lage, abzulesen, dass neben wirtschaftlichen
Sorgen um Inflation und Gewalt zwar auch
die unberechenbare Lage in Europa eine Rol-
le spielt. In der repräsentativen Umfrage be-
antwortet im April 1023 Menschen ab 18
Jahren Fragen rund um Zivilschutz und Ver-
teidigungsbereitschaft. Aber nur 44 Prozent
fürchten, dass Deutschland in militärische
Konflikte hineingezogen werden könnte.

Hört man dem Landeskommandeur Giss
zu, gibt es längst Vorboten dafür: „Die hybri-
de Angriffsphase Russlands läuft, und das
schon länger“, sagte er schon Anfang des
Jahres. Damit sind die Drohnensichtungen
über Militärgeländen in Deutschland gemeint,
physische Ausspähversuche von
Menschen, die sich so genannte kritische
Infrastruktur anschauen, die zentral ist für
die Energieversorgung in Deutschland, aber
auch die steigende Zahl der Cyberangriffe
auch auf Behörden, die das Innenministe-
rium vermerkt. Erst jüngst wurde die Web-
seite der Stadt Stuttgart Ziel einer Attacke –
der Angriff wird einer Gruppe mit prussisch-
em Hintergrund zugeordnet.

Seit einigen Monaten ist Giss deshalb im
Land unterwegs, um aufzurütteln. Wer ihm
zuhört, bekommt ein ungefähres Bild davon,
von welchen Szenarien die Bundeswehr aus-
geht. Seit vergangenem Jahr gibt es einen so-
genannte Operationsplan Deutschland, der
regelt, wie Bundeswehr und zivile Behörden
im Falle eines Angriffs zusammenarbeiten.
Darin geht die Bundeswehr nicht davon aus,
dass Deutschland – wie



„Es ist noch
nicht jedem
klar, in welcher
Lage wir in
Deutschland
und West-
europa
insgesamt
sind.“

Michael Giss,
Landes-
kommandant
Bundeswehr

Strobl (CDU) eine Gesprächsrunde mit Land-
kreisen und Vertretern von Kommunen. „Wir
müssen uns verteidigungsfähig machen“,
sagte Strobl. „Heute bereuen wir es schmerz-
lich, dass wir nach dem Ende des Kalten Krie-
ges viele Strukturen der militärischen und der
zivilen Verteidigung abgebaut haben.“

Die tatsächliche Kriegsgefahr wird von
vier von zehn Baden-Württembergern als
wahrscheinlich oder eher wahrscheinlich er-
achtet. Knapp die Hälfte (47 Prozent) hält es
für eher oder sehr unwahrscheinlich, dass
Deutschland in den nächsten Jahren in einen
Krieg verwickelt wird. Der Rest ist unent-
schieden. Dreiviertel der Menschen fühlen
sich sicher oder sehr sicher in Baden-Würt-
temberg. Gleichzeitig sind nur 38 Prozent
der Meinung, dass Baden-Württemberg gut
oder sehr gut auf Krisen- oder Katastrophen-
fälle vorbereitet ist. 51 Prozent sehen das
nicht so und der Rest ist unentschieden.
Neun von zehn Baden-Württembergern
halten es deshalb für essenziell, dass das



Viele Militärfahrzeuge auf einer Autobahn sind ein Bild, dass in den Szenarien der Bundes-
wehr hohe Wahrscheinlichkeit hat

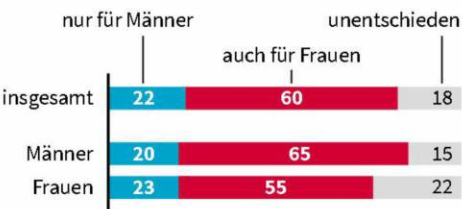
Foto: imago/BildfunkMV

Das beschäftigt die Menschen im Land

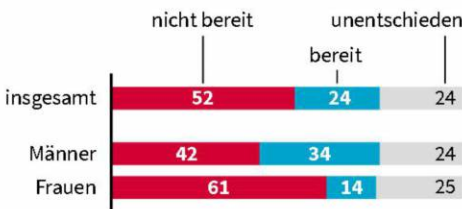
Das macht mir große Sorgen:



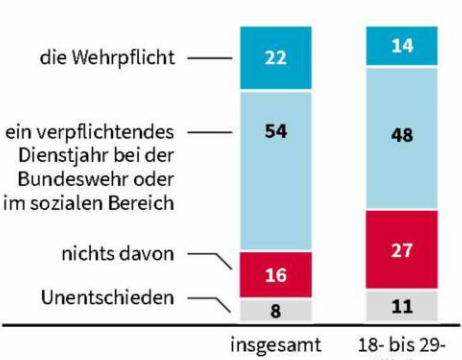
Einmal angenommen, die Wehrpflicht
wird wieder eingeführt. Sie sollte gelten:



Wären Sie im Falle eines Angriffs bereit,
Deutschland mit der Waffe zu verteidigen?



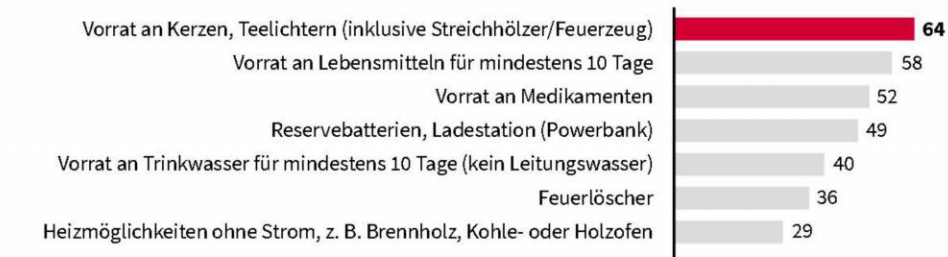
Wehrpflicht oder Dienstjahr – was davon
fänden Sie besser? Es sollte in Deutschland
eingeführt werden:



Was glauben Sie, wie gut wäre
Baden-Württemberg auf einen Krisen-
oder Katastrophenfall vorbereitet?



Es gibt offizielle Empfehlungen, wie man sich für Katastrophen und Notfälle
vorbereiten kann. Was davon haben Sie zuhause?



Grafik: Locke

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

Quelle: Allensbacher Archiv, IFD-Umfrage 6184/V

BaWü-Check

Basis Der BaWü-Check ist eine Umfrage von
Zeitungen im Südwesten, die das Institut
für Demoskopie Allensbach durchführt. Ins-
gesamt beteiligen sich 45 Tageszeitungen.

Zeitraum Von 16. bis 30. April 2025 wurden
in Baden-Württemberg 1023 Menschen in
einem repräsentativen Querschnitt der
baden-württembergischen Bevölkerung ab
18 Jahren befragt. Die Befragten sind Mit-
glieder eines Online-Panels, die Stichprobe
wurde durch eine nach Geschlecht, Alter,
Schulabschluss und Regierungsbezirk
geschichtete Zufallsauswahl gezogen.
Die Stichprobe wurde gewichtet, dabei
orientierte man sich am Mikrozensus 2023.

Fragebogen Die für die Befragung ausge-
wählten Personen bekamen per E-Mail eine
Einladung zur Teilnahme und füllten einen
Online-Fragebogen mit 14 Fragen aus. ang

Land Notfallpläne ausarbeitet, damit die Ge-
sundheitsversorgung im Katastrophenfall
sichergestellt ist. Ungefähr ebenso viele fin-
den wichtig, dass Polizei, Feuerwehr und
Technisches Hilfswerk besser ausgestattet
werden oder dass Einsatzkräfte regelmäßig
aus- und weitergebildet werden. 86 Prozent
hätten gern, dass der Staat einen Medika-
mentenvorrat aufbaut, 75 Prozent finden,
dass das Land auch einen Lebensmittelvor-
rat für die Bevölkerung aufbauen sollte. Zwei
Drittel finden außerdem, dass der Staat
mehr Schutzräume und Bunker schaffen
sollte. Gleichzeitig wünschen sich 78 Pro-
zent regelmäßige Notfallübungen von Be-
hörden und Hilfsorgani-
sationen. 73 könnten sich
Katastrophenschutz-
übungen auch am
Arbeitsplatz und in Schu-
len vorstellen.

Doch es ist nicht so,
als ob sich die Bürger in
punkto Krisenvorsorge
nur auf den Staat verlas-
sen würden: 58 Prozent
der Befragten geben an,
mit ihren Lebensmitteln
im Notfall zehn Tage
durchzukommen, etwas
mehr als die Hälfte hat
einen Vorrat an Medika-
menten zuhause. 64 Prozent hätten im Falle
eines Stromausfalls Kerzen, Teelichter und
Streichhölzer zur Hand. Doch für eine länge-
re Krise ist die Mehrheit nicht gewappnet.
Einen Vorrat an Trinkwasser für zehn Tage,
wie vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe empfohlen, haben
nur 40 Prozent der Befragten daheim. Mit
Reservebatterien und Powerbanks sind we-
niger als die Hälfte ausgestattet. Über Heiz-
möglichkeiten ohne Strom verfügt nicht ein-
mal ein Drittel der Befragten.

Knapp die Hälfte weiß, ob es in ihrer Re-
gion Schutzräume für den Ernstfall gäbe. 13
Prozent würden tatsächlich auch Schutz fin-
den. Der Rest weiß darüber nicht Bescheid.
Das Innenministerium hatte zuletzt landes-
weit noch 220 öffentliche Schutzräume mit
etwa 176 000 Plätzen gezählt. Allerdings
wurden diese seit Jahren nicht mehr fachge-
recht unterhalten.

Der stellvertretende Landesbeauftragte
des Technischen Hilfswerks in Baden-Würt-
temberg, Olaf Sandmann, hatte erst jüngst
bei einer Veranstaltung der FDP-Fraktion im
Landtag gemahnt, dass behördliche Maß-
nahmen die Selbsthilfe der Bevölkerung im
Krisenfall nur ergänzen können und an die
Checklisten des Bundesamts für Bevölke-
rungsschutz und Katastrophenhilfe erin-
nert. Die Selbsthilfefähigkeit der Bevölke-
rung müsse wieder aktiviert werden, forderte
er. „Der Staat hilft dem Bürger, wenn er die
entsprechenden Prioritäten und Kapazitä-
ten hat“, sagte er.

Geht es um die Frage, im Falle eines An-
griffs das Land zu verteidigen, ist nur jeder
Vierte bereit, selbst zur Waffe zu greifen.
Ebenso viele sind unentschlossen, und 52
Prozent der Menschen wären nicht bereit, zu
kämpfen. Ein Pflichtjahr oder die Reaktivie-
rung der Wehrpflicht würden dreiviertel der
Befragten begrüßen. Allerdings sind die
meisten der Befragten (54 Prozent) für ein
verpflichtendes Dienstjahr mit der Option,
zwischen Bundeswehr und sozialem Bereich
zu wählen. 14 Prozent sind dagegen, acht
Prozent unentschieden. Unter den 18- bis
29-Jährigen kommt eine solche Dienst-
pflicht weniger gut an. 60 Prozent wären für
Wehrpflicht oder Dienstjahr – 27 Prozent
sind dagegen und elf Prozent unentschie-
den. 60 Prozent aller Befragten im BaWü-
Check finden, dass eine Wehrpflicht auch für
Frauen gelten sollte.



Foto: dpa/Markus Lenhardt

„Wir müssen
uns vertei-
digungsfähig
machen.“

Thomas Strobl,
Innenminister